

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/023(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  17.06.2021	Mensa- Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00Uhr	19:45Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

Es besteht ab 15:30 Uhr die Möglichkeit zum Corona-Schnelltest  
direkt vor Ort

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.04.2021
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61, Amt 63

7	Beschlussvorlagen	
7.1	2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung EB SAB	DS0515/20
7.1.1	Änderungsantrag zur 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung Fraktion GRÜNE/future!	DS0515/20/1
7.2	Umlegungsanordnung für den Bebauungsplan 165-7 "Am Neustädter Feld" (Ostseite) FB 62	DS0193/21
7.3	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 402-6 "Ackerstraße" Amt 61	DS0166/21
7.4	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 402-6 "Ackerstraße" Amt 61	DS0167/21
7.4.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 402-6 "Ackerstraße" UwE	DS0167/21/1
7.5	Fortführung des Verfahrens zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 237-2 "Zentraler Platz/Elbufer" (Prämonstratenserberg) Amt 61	DS0114/21
7.6	Ergänzung und Fortschreibung des Städtebauförderkonzeptes für die Programmjahre 2020 bis 2028 sowie Festlegung der Abgrenzung der Fördergebiete Amt 61	DS0136/21
7.7	Variantenentscheidung provisorische barrierefreie/ niveaugleiche Haltestellen Arndtstraße Amt 61	DS0222/21
8	Anträge	
8.1	Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum Fraktion DIE LINKE	A0160/20
8.1.1	Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum Fraktion DIE LINKE	A0160/20/1
8.1.2	Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum FB 23	S0328/20
8.2	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0070/21
8.2.1	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer	S0169/21

	Dez III	
8.3	Intelligente Transportsysteme (ITS) CDU-Ratsfraktion	A0263/21
8.3.1	Intelligente Transportsysteme (ITS) Amt 61	S0087/21
8.4	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes SPD-Stadtratsfraktion	A0228/20
8.4.1	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Fraktion DIE LINKE	A0228/20/1
8.4.2	Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des Ulrichplatzes Amt 61	S0124/21
8.5	Planung einer öffentlichen Toilette und barrierefreier Borde für den Olvenstedter Platz Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0053/21
8.5.1	Planung einer öffentlichen Toilette und barrierefreier Borde für den Olvenstedter Platz Amt 61	S0170/21
8.6	Gebäudemanagement Technikmuseum Fraktion GRÜNE/future!	A0030/21
8.6.1	Gebäudemanagement Technikmuseum FB 42	S0126/21
9	Informationen	
9.1	Gebäudemanagement Technikmuseum FB 42	I0105/21
9.2	Einbahnstraßenregelung in der Ernst-Toller-Straße Amt 66	I0103/21
9.3	Brücke Magdeburger Ring (B71) über die Wiener Straße Amt 66	I0113/21
9.4	Haushaltsplan 2020 – Pilotprojekt Protected Bikelane Amt 61	I0100/21
9.5	Planung einer öffentlichen Toilette für den Olvenstedter Scheid Amt 61	I0106/21
9.6	Stabile Preise für Bus & Bahn Amt 61	I0125/21
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	

- 11      Verschiedenes
- 11.1    Sachstand: Vorhaben Sandbreite  
          Amt 63

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Norman Belas

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Reinhard Stern

---

## Öffentliche Sitzung

---

Es besteht ab 15:30 Uhr die Möglichkeit zum Corona-Schnelltest direkt vor Ort

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest, geht auf die fristgemäße Ladung ein und eröffnet die Sitzung.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

- TOP 7.1 und 7.1.1 sollen vertagt werden;
- TOP 7.5 soll vorgezogen werden;
- TOP 7.7 und 9.6 sollen erst ab ca. 18:00 Uhr behandelt werden (Anwesenheit Frau Münster-Rendel);

Abstimmung:            8-0-0            geändert beschlossen

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.04.2021

---

Abstimmung:            6-0-2

### 4. Einwohnerfragestunde

---

### 5. Lenkungsausschuss Buckau

---

**Herr Herrmann** (stellvertretender AL 61) informiert über den Stand der Abschlussdokumentation Sanierungsgebiet Buckau. Diese werde im Rahmen der Weißen Reihe voraussichtlich im Sommer 2021 veröffentlicht.

Des Weiteren geht er auf den Stand zur vorzeitigen Erhebung von Ausgleichsbeiträgen ein. Die Maßnahmen des Wirtschaftsplans sind zum Teil beauftragt, teilt er abschließend mit.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

**Herr Schütt** (AL 63) teilt mit, dass die Baugenehmigung für die Gröperstraße 2 erteilt worden sei und auf einen baldigen Baubeginn gehofft werde.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 7. Beschlussvorlagen

---

### 7.1. 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung Vorlage: DS0515/20

---

vertagt

#### 7.1.1. Änderungsantrag zur 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung Vorlage: DS0515/20/1

---

vertagt

### 7.2. Umlegungsanordnung für den Bebauungsplan 165-7 "Am Neustädter Feld" (Ostseite) Vorlage: DS0193/21

---

**Herr Neumann** (FBL 62) bringt die Beschlussvorlage ein und informiert über die Durchführung des Umlegungsverfahrens. Ziel des Umlegungsverfahrens ist die Bodenneuordnung, um so die Entwicklung für einen allgemeinen Wohnungsbau (Einfamilien-, Doppel-, Reihenhäuser...) zu ermöglichen.

Die vorhandenen Grundstücks- und Eigentumsstrukturen werden in diesem Verfahren neu geordnet (Grundstücksneuordnung).

Die geplante Neuordnung erfolgte einvernehmlich. Der Umlegungsbeschluss ist vorhanden.

Abstimmung zur DS0193/21: 8-0-0

### 7.3. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 402-6 "Ackerstraße" Vorlage: DS0166/21

---

Die beiden TOP 7.3 und 7.4 werden von **Frau Schäferhenrich** (Amt 61) im Zusammenhang eingebracht. Sie erläutert die Planungsziele und geht auf die Abwägung ein.

Baurecht soll für ein allgemeines Wohngebiet geschaffen werden. Schwerpunktthema der Abwägung ist die Wegelänge zum ÖPNV. Hier wurde eine Fußwegeanbindung über die östlich gelegene Privatstraße gefordert, um Umwegelängen zu vermeiden. Der Baulandentwickler konnte mit der benachbarten Eigentümergemeinschaft allerdings keine Einigung erzielen.

**Stadtrat Stage** kann die Problematik Wegerecht nur bedingt verstehen und hinterfragt dieses. Wie sollen Haftungsprobleme geregelt werden?

**Frau Schäferhenrich** geht auf die Eigentümersituation und die Privatstraße ein.

**Stadtrat Moll** kann die Abwägung der Verwaltung nicht nachvollziehen.

**Stadträtin Linke** verweist auf die Realabstände zu den Haltestellen. Die Entfernungen zu den Haltestellen werden überschritten. Eine Fuß- und Radwegverbindung sollte ermöglicht werden und eine private Stichstraße werde nicht akzeptiert. Sie spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

**Frau Schäferhenrich** geht im Weiteren auf die Grünsituation und die Auswirkung des Änderungsantrages aus dem Ausschuss für Umwelt und Energie (UwE) ein.

**Stadtrat Moll** erläutert den Änderungsantrag aus dem UwE. Es sollen in die Stellplätze vor den Reihenhäusern Bäume gepflanzt werden.

Hat sich hier der StBV nicht dem Änderungsantrag des UWE angeschlossen?

**Stadtrat Dr. Grube** fragt, welches Wegerecht gemeint sei.

**Frau Schäferhenrich** geht auf die Festsetzungen im Bebauungsplan ein. Eine Erweiterung des Plangebiets zur Einbeziehung der Privatstraße wäre möglich, allerdings kann der Bebauungsplan das Wegerecht auch nur räumlich festlegen. Eine privatrechtliche Regelung zum Wegerecht müsste trotzdem erfolgen.

#### Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat in dem Beschlussvorschlag unter 1.1 Erschließung ÖPNV der Anregung zu folgen und „nicht“ zu streichen.*

*Der Beschlussvorschlag lautet somit:*

#### 1.1 Erschließung ÖPNV

*Die Realwegelänge zur Straßenbahnhaltestelle Leipziger Straße .....*

**Der Anregung wird gefolgt.**

Abstimmung: 7-0-1

Abstimmung zur DS0166/21: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

7.4. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 402-6  
"Ackerstraße"  
Vorlage: DS0167/21

---

Abstimmung zur DS0167/21: 8-0-0 geändert empfohlen

7.4.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 402-6  
"Ackerstraße"  
Vorlage: DS0167/21/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0167/21/1: 7-0-1

7.5. Fortführung des Verfahrens zur 2. Änderung des  
Bebauungsplans Nr. 237-2 "Zentraler Platz/Elbufer"  
(Prämonstratenserberg)  
Vorlage: DS0114/21

---

Der **Vorsitzende** spricht sich dafür aus, dem anwesenden **Herrn Dr. Polte** (Mitinitiator des Vorhabens) das Rederecht zu erteilen. Dem stimmen die Mitglieder des Ausschusses zu.

**Frau Schäferhenrich** (Amt 61) bringt die Beschlussvorlage ein. Sie führt zu den unterschiedlichen Entwicklungen in diesem Bereich aus und geht unter anderem auf die alten Pläne für eine Musical-Akademie, die Idee eines Neubaus von Punkthäuser sowie den städtebaulichen Wettbewerb ein.

Bei der Drucksache handelt es sich um einen Grundsatzbeschluss zur Einleitung des Verfahrens. Auf dieser Grundlage sollen die Fragen des Städtebaus und der Architektur umfassend mit den Bürger\*innen und der Fachwelt diskutiert werden.

Sie weist darauf hin, dass eine Fassadengestaltung im Bebauungsplanverfahren nicht regelbar sei.

Das Vorhaben werde von Seiten seiner Fraktion begrüßt, so **Stadtrat Mertens**. Ein schönes Vorhaben, das wichtig und passend sei. Die Fraktion könne sich sogar noch mehr historisierte Fassaden vorstellen.

Das Projekt findet eine breite Unterstützung in der Fraktion, teilt **Stadtrat Dr. Grube** mit. Es sei ein gutes Projekt, welches im Dialog mit den Bürger\*innen stehe.

Teilweise ging die Diskussion im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs in unterschiedliche und durchaus andere Richtungen.

Diese gute Idee sowie der Entwurf werden begrüßt. Moderne Ecke seien in Magdeburg vorhanden, ein Stück altes Magdeburg erlebbar zu machen, begrüßt er.

**Stadträtin Linke** informiert über nicht allzu große Begeisterung von Seiten ihrer Fraktion und verweist auf die vorhandene Grünfläche, die nun bebaut werden soll.

Dennoch sei sie kompromissbereit und spricht sich für folgende Änderungen aus.

- Ersatz für die Grünfunktionen - Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen;
- verkehrsberuhigt und Autofrei - Zufahrt von außen in die Tiefgarage;
- Aufenthaltsqualität - gastronomische Einrichtungen im Innenhofbereich integrieren;
- Möglichkeit zur Durchwegung - kurze Wege;

Die Fraktion begrüße ebenfalls die Form der Bebauung, teilt **Stadtrat Schuster** mit. Er findet im Gegensatz zu den vorhergehenden Entwürfen diese Planung gut gelungen.

Die Aufenthaltsqualität im Bereich der Allee-Center-Tiefgarage sei momentan fraglich, stellt er fest. Eine Überbauung der Allee-Center-Tiefgarage hätte aus seiner Sicht auch einen gewissen Charme.

Ein Bebauungsplan lege Fluchten und Höhen fest aber in einem städtebaulichen Vertrag könne die Fassadengestaltung geregelt werden.

Abschließend verweist er auf Positivbeispiele wie den Römer in Frankfurt/Main und den Neumarkt in Dresden.

**Stadtrat Hempel** stellt grundsätzlich das Engagement der WOBAU infrage. Er sieht ein barockes Disneyland entstehen und für ein paar Leute werde es eine schöne Adresse als Prestige für den Briefkopf geben.

Alte Sachen wieder einzupassen ergibt für ihn keinen Sinn. Das Sozialgefüge, die Sozialkomponente werde hier nicht berücksichtigt.

Er spricht sich für den Erhalt des Parks und der Nutzung der Grünfläche aus.

Das Projekt komme zur falschen Zeit am falschen Ort.

**Stadtrat Moll** begrüßt das Projekt, es passe ins Gefüge von Dom - Kloster – ökumenische Höfe. Seine Fraktion sei zustimmend und er könne sich durchaus noch mehr davon vorstellen.

**Stadtrat Stage** geht auf die Ausführungen von **Stadtrat Hempel** ein. Die Sorge um das Grün könne er gut verstehen. Den Vergleich mit einem „barocken Disneyland“ dagegen nicht. Schließlich entsteht ja hier kein historisierendes Viertel sondern eine Mischung aus Vergangenheit und Moderne. Die sehe er als ein sehr passendes Spiegelbild der Magdeburger Stadtentwicklung. Das Vorhaben lebe natürlich von Vertrauen und der städtische Partner, hier die WOBAU sei ein großer Pluspunkt bei diesem Vorhaben.

Die Grünfläche werde tagsüber gut angenommen. Ein Ausgleich für den Wegfall stehe für ihn im Focus und sollte im endgültigen Entwurf dementsprechend enthalten sein. Fassadenbegrünung in Kombination aus Alt und Neu/Moderne und Vergangenheit, sei eine Möglichkeit.

Er geht auf den Bereich Demenzgarten ein und fragt, ob eine Einflussnahme und Einfügung ins Gesamtbild möglich wäre. Diese wäre gut für das gesamtstädtische Erscheinungsbild.

Sein Wunsch sei, die Vorschläge und Gedanken mitzunehmen und zu berücksichtigen.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf die fußläufige Durchwegung / Freihaltung des Innenbereichs vom MIV ein, die bereits so angedacht war. Die Erreichbarkeit der Tiefgarage erfolgt über eine Zufahrt.

Des Weiteren geht er auf das Wettbewerbsziel hinsichtlich Implementierung eines Spielplatzes auf dem Dach der Allee-Center-Tiefgarage ein. Er bittet um Prüfung in Hinblick auf das Spielplatzkonzept und um eine Abstimmung hierzu mit dem Allee-Center-Management.

Einen städtebaulichen Vertrag mit der WOBAU hält er im Sinne einer Gleichberechtigung „gleiches Recht für Alle“ für sinnvoll und wichtig.

Der Kontakt mit den Eigentümern des Demenzzentrums besteht, teilt **Frau Schäferhenrich** mit. Die Eigentumsverhältnisse haben sich dort verändert, mit einer geänderten Zielsetzung für die freie Fläche. Die Pflegeeinrichtung werde nicht mehr erweitert. Die Zielrichtung Wohnen unter wirtschaftlichen Aspekten werde geplant.

**Stadtrat Stage** geht auf die anwesenden Mitinitiatoren des Vorhabens ein und dem Wunsch, der Einbeziehung der Fläche am Demenzzentrum und appelliert dementsprechend an die „Herren“ hier bei der nötigen Überzeugungsarbeit zu unterstützen.

**Herr Rehbaum** (BG VI) geht auf Höhenentwicklung und Kubatur ein, die in einem Bebauungsplan regelbar seien.

Er sichert den Erhalt des Fahrradweges oberhalb des Prämonstratenserberges zu. In den engen Straßen sollen die Urbanität und die Fußläufigkeit im Vordergrund stehen.

Der Grundkritik am Verschwinden von „Grün“ stimmt er zu. In angrenzender Nachbarschaft sei aber durchaus attraktives „Grün“ vorhanden, gibt er zu bedenken.

Die Fläche war bebaut, es handelt sich um einen begrüneten Trümmerschutthügel.

Die Bebauung werde ihre Vorzüge haben, die architektonische Ausrichtung sei Streitbar, kritische Stimmen gab und gibt es immer (z.B. Hundertwasserhaus).

Es werde zur Belebung der Innenstadt führen und werde einen großen touristischen Aspekt haben.

Hier soll ein „altes Stück Magdeburg“ für die Magdeburger Bürger\*innen gebaut werden und wenn es den Bürgern gefällt, gefällt es auch den Touristen, stellt er fest.

Nach der Weltkriegszerstörung vermissen die Bürger\*innen eine Mitte von Magdeburg. Die Bürger\*innen sollen sich wohl fühlen und sich mit der neuen Entwicklung identifizieren.

Auf das Sozialgefüge eingehend verweist er auf historisierende Gebäude und keine „Prunkbauten“, die hier entstehen sollen.

**Herr Neumann** (FBL 62) geht auf den nötigen städtebaulichen Erschließungsvertrag ein und verweist auf die Möglichkeit, das Thema der Fassadengestaltung ebenfalls in einem städtebaulichen Vertrag regeln zu können. Aus Erfahrung mit anderen WOBAU-Maßnahmen hält er dieses für unproblematisch. Ähnlich sieht er es mit einem möglichen Vertrag mit dem Allee-Center.

Eine Verlängerung der Bebauung im Bereich Demenzzentrum hält **Stadtrat Schuster** für sinnvoll und dieses werde so auch zur Verkehrslärmberuhigung aus Richtung Schleinufer beitragen können.

Eine gelungene Entwicklung durch historische Nachbauten gebe es z.B. in Nürnberg oder Dresden zu erleben. Eine Durchmischung von Alt und Neu sei gut.

**Stadträtin Linke** weist hinsichtlich Grünfläche auf das Klimaanpassungskonzept hin. Die Altstadt sei laut diesem Konzept gefährdet.

Biotope dienen Menschen und Tieren und seien eine Kaltluftzone. Sie fordert einen behutsamen Umgang damit.

Die Tiefgarage dürfe nur von „außen zugänglich“ sein, um eine Belastung des Gebietes zu vermeiden.

**Stadtrat Hempel** geht noch einmal auf das soziale Gefüge ein und verweist auf die Einkommensverhältnisse in Magdeburg. Immer mehr Menschen in Magdeburg müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Eine Verdrängung aus der Innenstadt sei auch in Magdeburg feststellbar.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf die zwei zentralen Aufgaben der WOBAU.

- bezahlbarer Wohnraum;
- Stadtentwicklung;

Baupreise und deren Entwicklung wirken sich aus, eine Balance müsse hinsichtlich einer Verdichtung in der Innenstadt gefunden werden.

Sozialer Wohnungsbau mit Belegungsbindung (Wohnberechtigung) sei erst seit einem Jahr wieder möglich.

*Abschließend wird die Sitzung unterbrochen (16:50 Uhr - 16:55 Uhr) und Herr Dr. Polte erhält Rederecht.*

Abstimmung zur DS0222/21: 6-0-2

7.6. Ergänzung und Fortschreibung des Städtebauförderkonzeptes für die Programmjahre 2020 bis 2028 sowie Festlegung der Abgrenzung der Fördergebiete  
Vorlage: DS0136/21

---

Alle Fördergebiete, die bislang Teil der Städtebauförderung waren, seien auch wieder Fördergebiet, teilt **Herr Herrmann** auf Nachfrage mit.

Im Rahmen der neuen Förderprogramme soll es nur in Ausnahmefällen eine Überschneidung von Förderprogrammen geben.

Sogar „neue“ Fördergebiete seien hinzugekommen, wie z.B. Rothensee.

Abstimmung zur DS0136/21/ 8-0-0

7.7. Variantenentscheidung provisorische barrierefreie/  
niveaugleiche Haltestellen Arndtstraße  
Vorlage: DS0222/21

---

**Herr Rehbaum** geht auf die Umsetzung der Beschlusslage aus dem Stadtrat zum provisorischen Haltestellenausbau und die Priorität zur Herstellung der barrierefreien Haltestellen ein.

Im Rahmen eines Provisoriums erhält die Variante (2) mit veränderter Haltestellenlage den Vorzug der Verwaltung. Ein zeitaufwendiges Planfeststellungsverfahren ist notwendig, teilt er mit.

**Frau Münster-Rendel** (Geschäftsführerin MVB) erläutert aus Sicht der MVB die Variantenentscheidung. Auf die Fahrgäste müsse Rücksicht genommen werden. Straßenbahnhaltestellen nur punktuell zu betrachten sei aus ihrer Sicht nicht zielführend. Umsteigeknoten müssen betrachtet und berücksichtigt werden.

Die Umsteigebeziehung der Variante 2 sei schwierig für die Fahrgäste. In der Konsequenz müssen längere Umsteigezeiten eingeplant werden, um die Reisezeiten kurz zu halten. Abschließend geht sie auf die Förderfähigkeit beim Haltestellenausbau ein.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf den Willen des Stadtrates in Bezug auf einen schnelleren barrierefreien Haltestellenausbau für Bus- und Straßenbahnhaltestellen ein. Seit 2014 werde dieses im Stadtrat thematisiert. Er verweist auf die Diskussionen zum parallelen Ausbau von Streckenabschnitten und spricht sich für die Variante 3A aus, aber nicht erst im Jahr 2030. Er hinterfragt eine realistische Zeitschiene und fordert einen Vorschlag zum weiteren Verfahren. **Herr Rehbaum** werde zur nächsten Ausschusssitzung zuarbeiten lassen.

**Stadträtin Linke** spricht sich für die Variante 3A aus und hat den Umstiegspunkt Matthisonstraße im Focus. Ein Zeichen für 3A mit einer früheren Umsetzung als 2026 müsse heute gesetzt werden. Der ganze Straßenzug von Hauskante zu Hauskante, von Adelheidring bis Schmeilstraße müsse dabei mit betrachtet und einbezogen werden.

**Stadtrat Hempel** spricht sich klar für die Variante 3A aus und fordert ein schnellstmögliches Realisierungszeitfenster.

Die Stadträte sprechen sich für die Variante 3A aus und fordern von der Verwaltung zur nächsten Sitzung Zahlen und einen realistischen Zeitraum zur Maßnahmenumsetzung.

**Stadträtin Linke** verweist auf die aus ihrer Sicht problematische Fahrradwegführung im Bereich der Haltestelle und hinterfragt andere Möglichkeiten der Radwegführung.

*Der Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) zum Vertagen wird gestellt.*

Abstimmung zum GO-Antrag: 8-0-0 vertagt

vertagt

8. Anträge

---

8.1. Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum  
Vorlage: A0160/20

---

**Herr Rühle** (FB 23) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Rückabwicklung des Kaufvertrages sei mittlerweile erfolgt. Die Verwaltung bittet jedoch um Zurückstellung des Antrages um ein Jahr (März, April 2023). Er verweist in diesem Zusammenhang auf den momentanen Nutzungsbedarf (Schulsport) durch die Verwaltung.

**Stadtrat Hempel** kann die Sanierungskosten von mindestens 30 Mio. €, laut Aussage EB KGm, nicht nachvollziehen und hält dieses für ein „Märchen“. Er will den Prüfauftrag aufrechterhalten.

**Stadtrat Dr. Grube** äußert sich hinsichtlich der 30 Mio. € skeptisch. Die Kosten sollten aufgeschlüsselt dargestellt werden. Er werde sich enthalten, empfiehlt ein zurückziehen des Antrages und verweist auf die neu gebauten Sporthallen in der Stadt. Schulsportkapazitäten seien zurzeit in der Stadt ausreichend (Ersatzneubau An der Steinkuhle, Schule Wilhelm-Kobelt-Straße), findet er.

Für **Stadtrat Stage** macht der Ursprungsantrag keinen Sinn mehr. Am Änderungsantrag hält er fest, er will Aufklärung.

**Stadtrat Schuster** hält 30 Mio. € ebenfalls für zu hoch. Mit dem Antrag kann er sich jedoch so nicht anfreunden. Er hält eine Kostenermittlung/Darstellung für fraglich, denn diese seien von dem jeweiligen Nutzungskonzept abhängig.

**Stadtrat Hempel** verweist auf die steigenden Schülerzahlen und eine damit verbundene Zunahme der Teilnahme am Vereinssport.

Zuerst braucht es ein Nutzungskonzept (Vorstellungen der Nutzer) und dieses könne dann in einer Kostenübersicht münden und dargestellt werden, so **Stadtrat Schuster** abschließend.

Mit Beschlussfassung zum Änderungsantrag erledigt.

8.1.1. Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum  
Vorlage: A0160/20/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag: 4-1-3

8.1.2. Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum  
Vorlage: S0328/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Installation einer Fahrradbox am Elberadweg /  
Knochenhauerufer  
Vorlage: A0070/21

---

**Stadtrat Moll** führt zum Antrag aus und bittet um Zustimmung.

**Herr Gohlke** (Dez III) geht auf die Fördermöglichkeiten und Förderkriterien ein. Fördermöglichkeiten bestehen jedoch nur bei Standorten die nicht dem touristischen Zwecke, sondern dem Alltagsradverkehr dienen, gibt er zu bedenken. Der genannte Bereich werde für einen möglichen Fahrradboxstandort geprüft.

**Stadträtin Linke** verweist auf die hohe Förderung und findet diesen Antrag sehr sinnvoll. Sie betont den Willen hier und spricht sich für eine Antragstellung zur Förderung aus.

**Stadtrat Hempel** hinterfragt die Wahrscheinlichkeit einer Förderung.

**Herr Gohlke** verweist auf eine hohe Wahrscheinlichkeit der Förderung. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde zur gegebenen Zeit vorgelegt.

**Stadtrat Stage** könne sich die ökumenischen Höfe als Standort ebenfalls gut vorstellen.

**Stadtrat Mertens** stellt fest, dass die Begründung zum Antrag einer Förderung entgegenstehe. Daraufhin spricht sich **Stadtrat Stage** dafür aus, die Begründung zu streichen.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf den Antragstitel und findet, die ökumenischen Höfe seien zu weit davon entfernt. Den Eigentümer der ökumenischen Höfe sollte man aber dennoch hinsichtlich der Installation von Fahrradboxen befragen. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, im Antrag das Wort „Fahrradbox“ zu ändern.

**Stadtrat Moll** würde touristische Formulierung streichen.

**Stadtrat Hempel** unterstützt die Ausführungen und den Änderungsantrag von **Stadtrat Dr. Grube**. Im Bereich der ökumenischen Höfe sehe er ebenfalls Potenzial.

Änderungsantrag A0070/21/1:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat in dem Antrag „Fahrradbox“ zu streichen und durch **abschließbare Fahrradabstellanlagen** zu ergänzen.*

*Der Antrag lautet somit:*

**Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg möge beschließen:**

*Am Elberadweg im Bereich des Knochenhauerufers wird eine **abschließbare Fahrradabstellanlage** installiert.*

*Abstimmung: 7-0-1*

Änderungsantrag A0070/21/2:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat in dem Antrag die Begründung zu streichen.*

*Abstimmung: 5-1-2*

- 8.2.1. Installation einer Fahrradbox am Elberadweg /  
Knochenhauerufer  
Vorlage: S0169/21
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Intelligente Transportsysteme (ITS)  
Vorlage: A0263/21
- 

**Stadtrat Schuster** verwirren die Ausführungen in der Stellungnahme. Der ÖPNV in Magdeburg müsse doch nicht immer mit einem schienengebundenen System verbunden sein, gibt er zu Bedenken. In anderen Ländern werden bereits andere Möglichkeiten getestet.

**Herr Schröter** (Amt 61) erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und verweist auf das Projekt mit der Universität.

**Stadtrat Stage** findet, dass „Verkehrsmittelkonzept“ nicht das richtige Wort sei.

**Stadträtin Linke** weist ebenfalls auf das Projekt mit der Otto-von-Guericke-Universität hin. Die Stabstelle Wissenschaft sei hier gefragt, eine Sichtbarmachung des Pilotprojekts müsste erfolgen. Am Fraunhofer Institut bzw. der Universität passiere viel in dieser Beziehung und deshalb müsse der Antrag unterstützt werden.

**Stadtrat Dr. Grube** stört sich an dem Begriff „Konzept“. Für eine Fortentwicklung 2030+ stellt sich die spannende Frage: Braucht es zukünftig mehr ÖPNV und damit verbunden auch mehr Schienen? Auf den Ausbau barrierefreier Haltestellen könne auf alle Fälle nicht verzichtet werden. Selbstfahrende Shuttle-Bus-Systeme werden für den Stadtrand bzw. ländlichen Raum vorstellbar.

Für **Stadtrat Hempel** war der Antrag bis jetzt unscharf, aber im Rahmen der geführten Diskussion sei es für ihn nun nachvollziehbarer und klarer geworden. Er schlägt den Begriff Verkehrsmittelstudie oder Vision als Ersatz für Verkehrsmittelkonzept vor.

**Stadtrat Schuster** schlägt einen Änderungsantrag vor.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat im Antrag „Verkehrsmittelkonzept“ zu streichen und durch **Studie** zu ersetzen.*

*Der Antrag lautet somit wie folgt:*

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine **Studie** zu erstellen, wie in Zukunft langfristig die verkehrliche Umsetzung des ÖPNV (Verkehrsmittel) in der Stadt Magdeburg vorstellbar ist.*

*Abstimmung: 8-0-0*

Abstimmung zum Antrag A0263/21: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.3.1. Intelligente Transportsysteme (ITS)  
Vorlage: S0087/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des  
Ulrichplatzes  
Vorlage: A0228/20

---

**Herr Herrmann** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Durchführung einer Suchgrabung sei vorstellbar. Diese werde aber auf die Monate zwischen Oktober und März sowie auf einen begrenzten Bereich beschränkt. Nach Durchführung einer Suchgrabung müsse der Vorzustand der Rasenfläche wiederhergestellt werden.

**Stadtrat Hempel** geht auf den Änderungsantrag ein und unterstreicht die Vorteile bei diesem Verfahren. Wissenschaftlich - archäologische Untersuchungen können durchgeführt werden ohne eine Zerstörung von Grünflächen.

Eine Zerstörung der Grünfläche werde nicht beabsichtigt, stellt **Stadtrat Stage** klar. Des Weiteren schlägt er eine Ergänzung des Antrages hinsichtlich eines möglichen Wiederaufbaus der Kirche vor.

**Stadtrat Schuster** zweifelt die Aussagefähigkeit der Untersuchungen wie im Änderungsantrag beantragt an.

Momentan sei keine Rede vom Wiederaufbau der Kirche, stellt er klar. Eine zukünftige Entscheidung sollte jedoch nicht schon von vornherein ausgeschlossen werden.

Bei einer Grabung sollte anschließend über eine Platzgestaltung nachgedacht werden. Eventuell könne der Grundriss durch eine Bepflanzung dargestellt werden.

**Stadtrat Mertens** werde beiden Anträgen zustimmen. Aus seiner Sicht ergänzen sie sich. Grabungen könnten auch noch später nach den wissenschaftlichen Untersuchungen (Bodenradar, Magnetikmessung) durchgeführt werden. Er erinnert an den Bürgerentscheid, dieser sei zu respektieren.

**Stadtrat Moll** kann mit der Ergänzung zum Antrag mitgehen und verweist noch einmal auf die Größe des zu untersuchenden Gebietes (10 m x 20 m).

Nur durch Grabungen könne der Zustand der Krypta erkannt werden, so **Stadtrat Dr. Grube**. Der Ergänzung von **Stadtrat Stage** könne er folgen. Bei vorhandener Krypta müsse dann über eine entsprechende Erlebbarkeit der Krypta nachgedacht werden.

Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag um einen weiteren Punkt (5) zu ergänzen.*

5. *Der Stadtrat bekräftigt in diesem Zusammenhang erneut, einen Wiederaufbau der Ulrichskirche abzulehnen und folgt damit auch weiterhin dem Ergebnis des Bürgerentscheides vom 20. März 2011.*

*Der Antrag lautet somit:*

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Verein zum Wiederaufbau der Ulrichskirche (Kuratorium Ulrichskirche - Gesellschaft zur Förderung der Rekonstruktion der Ulrichskirche zu Magdeburg e.V.) wird die Organisation und Durchführung von archäologischen Grabungen im Bereich des Ulrichplatzes gestattet. Die Grabungsarbeiten sind unter Berücksichtigung und Einhaltung folgender Auflagen zu gestatten:

1. Die Grabungen sind unter einer wissenschaftlichen Begleitung und in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt durchzuführen. Die Finanzierung der Grabungen und deren Dokumentation ist durch den Verein sicher zu stellen und ggf. unter Akquirierung von Fördermittel durch den Verein zu ermöglichen.
2. Das Grabungsfeld ist im nordöstlichen Bereich der ehemaligen Ulrichskirche zu errichten und darf eine Fläche von 10 m (Ost-West-Ausdehnung) mal 20 m (Nord-Süd-Ausdehnung) nicht überschreiten.
3. Die notwendigen Baustellenabsperrung und Sicherungsumzäunung sind durch den Verein optisch ansprechend zu gestalten.
4. Nach Abschluss der Grabungsarbeiten sind dem Stadtrat durch das Stadtplanungsamt und den SFM rechtzeitig Varianten vorzulegen, wie die Grünfläche ggf. unter Sichtbarmachung oder Freilegung von Grabungsfunden zukünftig gestaltet werden kann.

**Neu 5. Der Stadtrat bekräftigt in diesem Zusammenhang erneut, einen Wiederaufbau der Ulrichskirche abzulehnen und folgt damit auch weiterhin dem Ergebnis des Bürgerentscheides vom 20. März 2011.**

Abstimmung: 7-0-1

Abstimmung zum Antrag A0228/21: 7-1-0 empfohlen mit Änderungsantrag

8.4.1. Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des  
Ulrichplatzes  
Vorlage: A0228/20/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0228/21/1: 2-5-1 nicht empfohlen

8.4.2. Archäologische- und Suchgrabungen im Bereich des  
Ulrichplatzes  
Vorlage: S0124/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Planung einer öffentlichen Toilette und barrierefreier Borde für  
den Olvenstedter Platz  
Vorlage: A0053/21

---

Der Antrag wird von **Stadtrat Moll** zurückgezogen.

zurückgezogen

8.5.1. Planung einer öffentlichen Toilette und barrierefreier Borde für den Olvenstedter Platz  
Vorlage: S0170/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.6. Gebäudemanagement Technikmuseum  
Vorlage: A0030/21

---

**Herr Dr. Neumann** (FDL 42.4) informiert, dass ein Objektschutz wegen der Feuchtigkeitseinbrüche momentan an erster Stelle stehe. Veranstaltungen wie z.B. die Lange Nacht der Wissenschaft oder Tag der offenen Tür sollen trotzdem stattfinden.

**Stadträtin Linke** spricht sich dafür aus, den Prüfauftrag bestehen zu lassen. Aussagen zu Ladesäulen, Photovoltaikanlagen, Sanierungskonzept und Darstellung der Probleme müssen erfolgen.

**Stadtrat Mertens** findet eine Prüfung erfolge doch bereits, laut den Ausführungen der Verwaltung. Photovoltaikanlagen seien wirtschaftlich gut, aber momentan auf dem vorhandenen Dach für ihn schwer vorstellbar.

Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion haben, so **Stadtrat Hempel** zum Thema Photovoltaikanlage. In Bezug auf die Statik könne er keine Aussage treffen. Der Prüfauftrag sollte erfüllt werden.

Der derzeitige Zustand des Daches sei nicht geeignet für Photovoltaik, stellt **Stadtrat Stage** fest und spricht sich für den Prüfauftrag aus.

**Stadtrat Schuster** versteht den Beschluss zum Prüfauftrag als Auftrag an die Verwaltung, dass hier was unternommen werden müsse. Das Dach muss gemacht werden.

**Herr Dr. Neumann** informiert über die Planungen für den Depot- und Schaubereich. Hier werden neue Gebäude geplant. Bei der Schließung 2022 werde es eine Interimslösung geben.

Abstimmung zum Antrag A0030/21: 7-1-0

8.6.1. Gebäudemanagement Technikmuseum  
Vorlage: S0126/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

---

9.1. Gebäudemanagement Technikmuseum  
Vorlage: I0105/21

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Einbahnstraßenregelung in der Ernst-Toller-Straße  
Vorlage: I0103/21

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Brücke Magdeburger Ring (B71) über die Wiener Straße  
Vorlage: I0113/21

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Haushaltsplan 2020 – Pilotprojekt Protected Bikelane  
Vorlage: I0100/21

---

**Stadträtin Linke** kritisiert die Information und bittet die Standortvorschläge noch einmal zu überprüfen.

**Herr Schröter** (Amt 61) verweist auf den Coronabedingten Ausfall eines Gesprächstermines und die dadurch entfallene Diskussion.

**Stadtrat Stage** bittet darum, den Termin zeitnah nachzuholen (ADFC,.....) und erwartet Informationen dazu.

*nachrichtlich:*

*Der Termin findet am 12.07.2021, um 10 Uhr statt.*

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.5. Planung einer öffentlichen Toilette für den Olvenstedter Scheid  
Vorlage: I0106/21

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.6. Stabile Preise für Bus & Bahn  
Vorlage: I0125/21

---

Der Inhalt der Information habe sich **Stadtrat Stage** nicht erschlossen. Warum keine Erhöhung und auch keine Untersuchung dazu erfolgen könne, kann er nicht nachvollziehen.

**Frau Münster-Rendel** geht auf die Weiterentwicklung des Fahrkartenangebotes ein und die damit verbundenen Reaktionen der Fahrgäste auf die neuen Angebote. Eine demensprechende Auswertung sei unter Corona-Bedingungen schwer durchzuführen, teilt sie mit.

**Stadträtin Linke** geht auf das 365-Euro-Ticket ein und verweist auf dessen Fördermöglichkeit im Rahmen eines Modellprojektes. Sie fragt, warum sich die Stadt an der Ausschreibung für ein Modellprojekt nicht mit beteiligt habe.

**Stadtrat Stage** kann und will den Ausführungen zu MVB, Marego, Fahrgastzahlen... nicht mehr folgen. Seit Jahren seien die Fahrgastzahlen rückläufig. Alle Hinweise, Anregungen, Anträge von Seiten des Stadtrates, die das Ziel haben, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, werden von der MVB und von Marego abgelehnt oder „ausgesessen“. Er betont, dass er die Stellungnahme der MVB als Missachtung des Stadtratsbeschlusses sehe. Es gibt keinen Grund, warum das Aussetzen von Preiserhöhungen die Erarbeitung eines Konzeptes verhindere.

**Stadtrat Hempel** fasst aus seiner Sicht die Problematik zusammen. Marego möchte Gewinne erhöhen, dieses sei aber keine Strategie zur Nutzergewinnung, stellt er fest. Aufgabe sollte es sein, den „Tarifdschunel“ aufzulösen und das vorhandene Tarifsysteem zu vereinfachen. Tickets für neue Nutzergruppen finden stets Kritik und Ablehnung. Er vermisst zielführende Gespräche und Offenheit. Vorschläge sollten unterbreitet werden und nicht immer nur argumentiert werden, „was warum nicht geht“.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

---

**Herr Gebhardt** teilt aktuell keine großen Veränderungen mit und weist auf die regelmäßig zu erstellende Information, die in der kommenden Juli-Sitzung im StBV dazu vorgelegt werde, hin.

**Stadtrat Stage** hinterfragt mögliche Auswirkungen auf die momentanen Materialprobleme und Preissteigerungen.

Momentan gebe es noch keine Auswirkungen auf der Baustelle, teilt **Herr Gebhardt** mit.

11. Verschiedenes

---

**Stadtrat Dr. Grube** verlässt die Sitzung.

**Herr Rehbaum** informiert über eine geplante Bürgerveranstaltung am 06.07.2021, 17:00 Uhr zum Vorentwurf „Eulenberg“. Der Bebauungsplan sowie der Voruntersuchungsbericht werden vorgestellt. Corona-bedingt werde es möglicherweise mehrere Veranstaltungen dazu geben.

**Stadträtin Linke** geht auf den Wegfall der IKEA-Straßenbahnanbindung ein und hinterfragt alternative Möglichkeiten.

**Herr Rehbaum** verweist auf die Anfrage von **Stadtrat Canehl** und die damit verbundene noch ausstehende Stellungnahme der Verwaltung.

Des Weiteren geht **Stadträtin Linke** auf den plötzlichen Rückbau eines Weges im Klosterberggarten mit Verweis auf die Stadtratsanfrage vom 10.06.2021 ein.

Nicht nur der schlechte Wegezustand sei ausschlaggebend für den Rückbau gewesen, teilt **Herr Rehbaum** mit.

**Herr Gebhardt** verweist auf den Rückbau der Anbindungspunkte im Norden und im Süden der Strecke.

Der Weg stehe den Auflagen des Denkmalschutzes im Bereich Klosterberggarten entgegen. Der Klosterberggarten wird über das Programm „Gartenträume“ gefördert. Wurzelschäden seien im Bereich der „Schwarzdecke“ an Bäumen festgestellt worden und ein Handlungsbedarf sei damit verbunden gewesen.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem StBV stellt **Stadtrat Stage** hierdurch massiv in Frage. Er hätte sich eine Information durch die Verwaltung gewünscht, der Vorgang schockiere ihn aufs tiefste. Auf dem nun verbleibenden Weg werden durch die vielen Nutzer Konflikte entstehen.

**Stadträtin Linke** spricht sich dafür aus, dass zukünftig die Wegnahme von Radwegen nur noch mit einer Beschlussfassung erfolgen dürfe. Dieses Vorgehen sei für sie schwer zu ertragen, mehr Kommunikation hätte sie sich gewünscht. Sie spricht sich für einen Antrag dazu aus.

**Stadtrat Hempel** kritisiert ebenfalls die Vorgehensweise der Verwaltung. Eine Information vorab hätte er sich gewünscht.

**Stadtrat Schuster** weist darauf hin, dass ein Antrag durch den Stadtrat beschlossen werden müsse. Des Weiteren spricht er sich für eine Information und gegen die Forderung nach einer Beschlussfassung aus.

**Herr Rehbaum** verweist auf ein Versehen innerhalb der Verwaltung und bittet die Forderung nach einer Beschlussfassung in eine Information zu ändern.

**Stadtrat Stage** möchte das Schreiben der Denkmalschutzbehörde zur Kenntnis bekommen.

#### Antrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:*

*Bei geplanten Rückbauten von Fuß- und Radwegen sind diese Maßnahmen vor der Umsetzung dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Information vorzulegen.*

Abstimmung: 7-0-0

**Stadtrat Schuster** macht auf ein möglicherweise defektes Fahrbahnübergangsprofil auf der linken Spur des Magdeburger Ringes in Richtung Norden, Höhe Halberstädter Straße aufmerksam.

**Herr Gebhardt** dankt für diese Information. Das Problem sei bekannt und die zuständige Firma zur Reparatur bereits aufgefordert worden, teilt **Herr Gebhardt** dazu mit.

**Stadtrat Moll** erkundigt sich nach dem Stand der Schwimmhalle Diesdorf.

Die Nachfrage wird zuständigkeitshalber an den EB KGm weitergeleitet.

Des Weiteren geht er auf die Fußwegproblematik im Bereich Breiter Weg/Nordabschnitt ein und schlägt vor, Piktogramme aufzubringen.

**Herr Gebhardt** geht auf eine damalige Anweisung zur Demontage des Verkehrsschildes durch die Obere Straßenverkehrsbehörde aus Halle ein, wonach er vor ca. 3 Jahren eine ergänzende Beschilderung wieder entfernen musste. Er habe keine andere Möglichkeit zur Beschilderung, es sei eine Fußgängerzone mit der Duldung von Fahrradverkehr. Er appelliert eindringlich an den § 1 der StVO – Gegenseitige Rücksichtnahme.

Eine Lösung müsse gefunden werden, so **Stadtrat Stage**. Radfahrer\*innen halten den roten Streifen für einen Radweg, da dies überall anders in der Stadt so sei. Fußgänger\*innen für einen Fußweg, da er mit „Fußgängerzone“ gekennzeichnet sei. Konflikte sind so vorprogrammiert.

**Herr Gebhardt** stellt noch einmal klar, dass der mit rötlichem Betonsteinmaterial hergestellte Weg in der Fußgängerzone bei Bedarf als Feuerwehrezufahrt genutzt wird. Piktogramme über Fußgänger sind weiterhin möglich.

**Herr Rehbaum** werde den Sachverhalt nochmals prüfen lassen.

**Stadtrat Mertens** erkundigt sich nach dem Grund der Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tangente, Höhe Halberstädter Straße.

**Herr Gebhardt** verweist auf die noch ausstehende Erneuerung der Leitplanken nach den heutigen Richtlinien (RPS). Bis zu diesem Zeitpunkt ist aus Verkehrssicherheitsgründen die Geschwindigkeitsreduzierung erforderlich.

**Stadträtin Linke** hinterfragt den Stand (Corona-Beschluss) hinsichtlich Parkplätze in Plätze für Außengastronomie im Bereich Sternstraße umzuwandeln.

Mit der Hasselbachplatzmanagerin Frau Tritz und Gastronomen aus der Sternstraße sei man im direkten Kontakt, konkret geht es noch um die Außengestaltung/Umrahmung und in Kürze werden vor dem Hyde die ersten Parkplätze für gastronomische Zwecke genutzt, teilt **Herr Gebhardt** mit.

#### 11.1. Sachstand: Vorhaben Sandbreite

---

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Schuster** zum aktuellen Stand im Bereich des ehemaligen Dimitroffwerkes, informiert **Herr Schütt**. Anhand von Fassadendarstellungen erläutert er den Stand zum Baugenehmigungsverfahren. Eine mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmte Baugenehmigung aus dem Jahr 2017 werde momentan nachverhandelt. Von der vorhandenen Baugenehmigung soll nun etwas abweichend gebaut werden. Die Denkmalschutzbehörde wurde im Verfahren mit einbezogen.

**Stadtrat Schuster** wünscht eine Gegenüberstellung von alter Baugenehmigung gegenüber der neuen Baugenehmigung.

**Herr Schütt** werde die neue Baugenehmigung dem StBV zur Kenntnis geben.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg  
Schriftführerin